

**Abonnements-Preis**

mit der (halbjährlichen) Beilage  
„Der Mann“ kostet...  
40 Pf., bei halbjährlicher in den  
Kontingenz 60 Pf. pro Monat.  
Durch die Post bezogen (Post-  
kontingenz 63 Pf.) pro Vierteljahr  
mit 2,00. Unter Ausschluss für  
Schlesien und Ostpreußen-Litauen  
4,00., für das übrige Reich 7,00.  
pro Vierteljahr.

**Redaktion:**

Annahme-Strasse 61, 1. Etage.  
Geschäfts-  
zeit: Montag von 10 bis 1 Uhr.  
Telefon: Amt 1, Nr. 423.

**Telegraphische-Adressen:**

„Arbeiterzeitung Dresden“.

**Sächsische**

**Arbeiter-Zeitung**

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 296.

Dresden, Mittwoch den 22. Dezember 1897.

8. Jahrgang.

**Politische Uebersicht.**

Dresden, 21. Dezember.

**Zentrum und Polenbewegung in Oberschlesien.**

Schon in einem früheren Artikel haben wir darauf hin-  
gewiesen, wie gefährlich dem ober-schlesischen Zentrum die bisher  
zu gering geführte nationale Bewegung der ober-schlesischen Polen  
zu werden vermag und bereits ist. Inzwischen hat sich manches  
ereignet, was unsere Ansichten, die wir damals äußerten, be-  
stätigt, und da die Presse aller Parteien, infolge der Unkenntnis  
der polnischen Sprache, die ober-schlesische Polenbewegung viel zu  
wenig verfolgt, sind vielleicht einige neue Bemerkungen über sie  
nicht unangebracht. Die Zentrums-Presse, die noch am besten über  
die polnische und nationale Bewegung unter den ober-  
schlesischen Anhängern des Zentrums unterrichtet ist, bringt aus  
inländischen Gründen so wenig als möglich davon an die Öffent-  
lichkeit. Sie hofft, wenigstens noch bis über die nächsten Wahlen  
hinaus in Güte mit den Polen auszukommen und läßt sich des-  
halb alle Angriffe der ober-schlesischen Polenblätter gefallen, ohne  
auch nur ein Wort dazu zu sagen. Selbstverständlich ist Herr  
Kopp der Befürworter, wenn nicht der Urheber dieser Taktik, die  
den sonst so streitlustigen Herren der Zentrums-Presse wenig ge-  
fallen mag.

Nur „ein alter Abgeordneter“ ließ sich jüngst dazu ver-  
führen, in der „Schlesischen Volkszeitung“, dem Hauptblatte des  
schlesischen Zentrums, die ober-schlesischen polnischen „Re-  
dakteure“ zu reizen, die sowohl der polnischen als auch der  
katholischen Sache mehr schaden als nützen. Sein unüberlegter  
Angriff trug ihm eine gehörige Abfertigung ein, aber er er-  
widerte — wohl par ordre de moulti — kein Wort mehr.

Das schlesische Zentrum ist ganz vorzüglich organisiert. In  
jedem Wahlkreise besteht ein Kreiswahlkomitee, und über den  
Kreiswahlkomitee steht ein Provinzialwahlkomitee. Das Zentrum  
läßt nun die Polen dadurch zu fördern, daß es seinen Führern  
Sitz und Stimme in diesen Komitees gewährt. Ja, in diesem  
Jahre ließ sich das Provinzialwahlkomitee sogar bis zu der bisher  
neuen Erklärung herbei, daß überall, wo ein dem bisherigen  
deutschen gleichwertiger polnischer Kandidat zu finden sei, dieser  
an Stelle des deutschen aufgestellt werden solle. Die Polen haben  
inbes mit den Versprechungen des Zentrums allezeit üble Er-  
fahrungen gemacht, sie glauben dem Zentrum nichts mehr und  
gehen deshalb ihren eigenen Weg ruhig weiter. Im Herzen  
Oberschlesiens, im Industriekreise Tarnowitz-Beuthen, haben sie,  
ohne das Zentrumswahlkomitee zu fragen, ihren eigenen Kandi-  
daten, den „Katholik“ des „Katholik“, Herrn Kapieralski, auf-  
gestellt; es wäre hier nicht zum erstenmal, daß sich ein polnischer  
und ein deutscher Zentrumskandidat gegenüberstehen. Borewit  
haben jedoch die Anhänger des offiziellen Zentrums noch nicht  
genügt, auch einen Kandidaten aufzustellen.

Sie thun überhaupt, als merkten sie nichts von der ganzen  
Polenbewegung; sie glauben wahrscheinlich diesmal noch mit der  
Latzschweigetaktik gut zu fahren. Und doch waren die Abigen  
an das Zentrum in dem Hauptblatte der ober-schlesischen Polen,  
im „Katholik“, so überaus deutlich. Als z. B. vor kurzem in der  
Zentrums-Presse die vom Abgeordneten Müller-Juda in seiner  
Kasseler Rede empfohlene Taktik gelobt wurde, nach der die  
Zentrumskandidaten vor den Wahlen keine bestimmten bindenden  
Versprechungen eingehen sollten — für wie dumm muß das  
Zentrum selbst seine Wähler halten, wenn es an einen Erfolg  
dieser Taktik glaubt? — da legte die Polen-Presse ein ganz ent-  
scheidendes Verbot dagegen ein. Der „Katholik“ gebot seinen Lesern  
— er hat 26 000 Abonnenten, also vielleicht doppelt so viel Leser  
— dringend, sich auf dergleichen Dinge ja nicht einzulassen. Die  
vom Zentrum empfohlene Taktik könne höchstens für Wahlkreise  
gelten, in denen das Zentrum keine Aussicht habe, seinen Kandi-  
daten durchzubringen. Ueberall dagegen, wo der Zentrumskandi-  
dat mit Wahrscheinlichkeit oder Sicherheit gewählt werden würde,  
also im gesamten Oberschlesien, müsse es die strikte Verpflichtung  
übernehmen, gegen alle neuen Volkstufen zu stimmen; die katho-  
lische Bevölkerung dürfe auf keinen Fall einem Kandidaten die  
Stimme geben, der diese Verpflichtung abzugeben sich weigert.  
Das war deutlich; aber die Zentrumskandidaten schweigen und  
schweigen immer noch.

Ferner: die Zentrumskandidaten zählt eine große Zahl Geist-  
licher; 1893 wurden in elf vom Zentrum vertretenen ober-schlesischen  
Wahlkreisen nicht weniger als vier Geistliche gewählt. Gegen  
diese Kandidaturen der Geistlichen macht die polnische Presse  
energisch Front. Mit nicht unbedeutlicher Hinweisung auf den  
„Staatsbischof“ Kopp spricht sie den Geistlichen die zum Bernein-  
nütige Selbstständigkeit ab. Geistliche seien gegenüber den Ein-  
wässern von oben her zu nachgiebig; am klarsten sei das hervor-  
getreten, als vor vier Jahren bei Gelegenheit der Militärvorlage  
Gerade alle geistlichen Abgeordneten Oberschlesiens durch Enthalt-  
ung der Stimmabgabe die Volksinteressen verraten hätten; da-  
mals habe nicht der geringste Zweifel darüber bestanden, daß  
sämtliche Wähler dieser geistlichen „Führer des Volkes“ Gegner  
der Militärvorlage gewesen seien.

Dieser Vorwurf gegen die geistlichen Abgeordneten ist voll-  
ständig berechtigt, und daß er wieviel mehr, dafür wird die pol-  
nische Presse schon sorgen.

Summa: wird diese polnische Presse zu Neujahr eine be-  
deutende Verstärkung erfahren. Schon lange wurde davon ge-  
sprochen, daß die polnische Partei ein eigenes täglich erscheinendes  
Organ schaffen wolle; die Gründung eines solchen Blattes ist  
jetzt gesichert. Von Neujahr ab wird im Verlage des „Katholik“  
der „Dziennik Słaski“ (Schlesisches Tagesblatt) erscheinen. Es  
ist für die Masse berechnet, worauf sein niedriger Preis (1,80 M.)  
hinweist. Die etwaigen Opfer, die bei der Einführung des  
Blattes nötig sind, kann der sehr wohlhabende „Katholik“-Verlag  
gut tragen. Es ist ziemlich sicher, daß das neue Blatt Erfolg

haben und — was das Wichtigste ist — nicht wenig zur völligen  
Abtrennung der Polen vom Zentrum beitragen wird. Die Grün-  
dung des neuen Blattes ist deshalb dem Zentrum sehr unan-  
genehm.

So scheint es also, als ob die polnische Bewegung Ober-  
schlesiens, so verachtet sie bisher war, berufen sei, eine nicht un-  
wichtige Rolle in der Schwächung des Zentrums zu spielen. Die  
polnische Bewegung Oberschlesiens ist rund drei Jahrzehnte alt,  
sie ist sehr vorsichtig geführt worden, was dem übermächtigen  
Zentrum gegenüber auch nötig war. Ehemals protegierte das  
Zentrum die Polenbewegung; es ahnte nicht, daß aus dem  
kleinen schwächlichen Kinde ein halbsittiger Barock werden könne.  
Jetzt ist es zu spät dazu, die polnische Bewegung zu unterdrücken.  
Es ist mit dem Zentrum weit gekommen, wenn die Oberschlesier,  
die doch wörtlich nicht zu den intelligentesten Bewohnern des  
Reiches gehören, dieser Partei so scharf Opposition machen und  
den ober-schlesischen Zentrumskandidaten in ernste Gefahr bringen  
können. Denn wenn auch nicht schon bei der nächsten Wahl, so  
werden die Polen doch später, wenn sie selbstständig geworden  
sind, sich völlig vom Zentrum trennen.

Für uns Sozialdemokraten ist diese Entwicklung der pol-  
nischen Bewegung nicht ohne Bedeutung. Der Haupterfolg des  
selbstständigen Auftretens der Polenpartei wird eine Schwächung  
der Autorität des niederen Klerus über das ober-schlesische Volk  
sein. Es leuchtet ein, daß auch wir diesen Erfolg nur mit  
Freude begrüßen können.

**Russische Okkupation in China.**

Ein russisches Geschwader besetzte Port Arthur. Das  
offizielle Blatt der russischen Regierung begleitet diese That-  
sache mit folgendem Kommentar:

Diese Nachricht wird selbstverständlich niemand überraschen.  
Seit dem letzten japanisch-chinesischen Kriege suchte Rußland in  
dem fernen Osten eine Flottenstation, die in einer mehr gesicherten  
Verbindung mit unserer (maritimen) Grundlage, Wladiwostok,  
stände, als die Stationen, welche unsere Flotte bis jetzt benützte:  
wir meinen Khabarowski, Kobe und die anderen japanischen Häfen,  
die von Rußland durch das Meer und das telegraphische  
Kabel, das sich in den Händen Japans befindet, getrennt sind.  
Die chinesische Regierung verbieth sich stets sehr theilnehmend zu  
dieser unserer Sorge, und noch voriges Jahr hielt sich unser  
Geschwader eine Zeitlang im Hafen von Kiao-Tschau auf, der  
in dem letzten Tagen so bekannt wurde. Jedoch alle in Aussicht  
genommenen Stellen hatten ihre Mängel entweder in ihrer zu  
großen Entfernung von Wladiwostok oder weil sie noch gänzlich  
unbebaut waren. Dagegen besitz Port Arthur, ungeachtet der  
Ausplünderung durch die Japaner, Hafenanlagen, Arsenal und  
dergleichen Einrichtungen, die bei Schiffsreparaturen und für  
dauernden Aufenthalt des Geschwaders notwendig sind.

Es versteht sich ohne weitere Erklärungen, daß die Ueber-  
führung der Winterstation unserer Schiffe von Japan nach Port  
Arthur in vollem Einverständnis und unter Ein-  
willigung der chinesischen Regierung sich vollzieht.  
Weiter wird ausgeführt, die Besetzung des Port Arthur durch  
Rußland dürfe schon deshalb nicht überraschen, weil sie ja schon  
längst „von der gesamten diplomatischen Welt und der politischen  
Presse in Rechnung gezogen wurde“. Das ist eine Anspielung  
auf den im vorigen Herbst veröffentlichten russisch-chinesi-  
schen Geheimvertrag. Dann heißt es: „Deshalb liegt  
kein Grund vor, diese Besetzung in eine besondere und unmittel-  
bare Verbindung mit der Besetzung des Hafens Kiao-Tschau  
durch Deutschland zu stellen — welche letztere durch ein un-  
erwartetes und blutiges Ereignis hervorgerufen wurde, das die  
Empfindlichkeit begreift macht, welche man in diesem Fall in  
Deutschland gezeigt hat.“ Den größten Einbruch — fährt der  
Offizier fort — würde die Nachricht von der russischen Be-  
setzung in Japan machen. Doch sei ja eigentlich gar nichts be-  
sonderes vorgefallen: haben doch die Japaner selbst den russischen  
Schiffen Winterstationen gewährt.

Bezeichnend ist noch der Schluß der offiziellen Ansprache:  
„Die diplomatische Karte des fernen Ostens, auf der die Einfluß-  
gebiete der verschiedenen Mächte verzeichnet sind, wie diese Ein-  
flußgebiete sich in den letzten Jahren in den chinesischen Gewässern  
herausgebildet haben, hat keine Veränderung erfahren, da Rußland  
unstreitbar, indem es in Port Arthur eintritt, die Grenze seines  
Einflußgebietes nicht überschritten hat, die ihm schon längst  
durch das stillschweigende Einverständnis des diplo-  
matischen Weltkongresses anerkannt sind. Wir erachten es für not-  
wendig, diesen Charakterzug des Ereignisses zu unterstreichen,  
namentlich deshalb, weil es gar nicht erwünscht  
ist, daß dieser durch die Notwendigkeit aufgebrängte  
Schritt Rußlands irgendjemand zu politischen Abenteuern  
aufzumuntern sollte, zum Erwerb neuer „Beobachtungspunkte“  
u. s. w., da dies freilich in keiner Weise die Willig-  
keit Rußlands und überhaupt der Mächte, die an dem  
Frieden in fernen Orten interessiert sind, hervorbringen könnte.“  
Das heißt: Was wir Russen thun, ist wohl gethan, die anderen  
aber mögen die Hände weglassen!

Sehr eigentümlich ist die Begründung der Besetzung von  
Port Arthur damit, daß die russischen Winterstationen in Japan  
vom Mutterland „durch das Meer“ getrennt sind. Danach scheint  
man in Rußland die Halbinsel Liaotung, an deren Spitze Port  
Arthur gelegen ist, bereits als russisches Gebiet zu be-  
trachten. Danach werden sich wohl auch die Mitleidungen be-  
wahren, daß die russische Eisenbahn bis an Port  
Arthur geführt werden soll und, der Eisenbahn folgend, wird  
sich auch die Telegraphenlinie hinziehen, denn Port Arthur  
besitzt keinen Kabel. In diesem Sinne verbreitet sich auch  
eine deutsch-offizielle Mitteilung der „Vollz.“, welche  
meint, die Nachricht komme den deutschen Zeitungen „nicht un-  
erwartet“ und u. a. berichtet, daß nach Port Arthur „auch der

Endpunkt der Zweiglinie der Bahn, die durch die Mandchurerei  
gebaut wird, gelegt werden dürfte“. Wobald, ist diese  
Eisenbahn gebaut, dann ist Rußland nicht nur  
im Besitze der Mandchurerei, sondern es hat auch  
Korea in seiner Gewalt.

Das von Deutschland besetzte Kiao-Tschau befindet sich  
in der Gucht Liao-Tung. Rußland und Deutschland, welche die  
Halbinsel den Japanern abgetrieben haben, scheinen sich also jetzt  
in die Wette teilen zu wollen. Das aber Rußland dieser Nachbar-  
schaft besonders angenehm wäre, läßt sich kaum erwarten. Und  
obwohl der russische Offizier versichert, die jetzige russische Oku-  
pation stehe in keinem Zusammenhang mit dem deutschen Vorgehen, so  
kann doch der Hinweis auf den „durch die Notwendigkeit auf-  
gebrängten Schritt“ auf nichts anderes bezogen werden, als auf  
das deutsche Vorgehen. Es ist sehr kennzeichnend, daß die  
gleiche Nummer der russischen diplomatischen offiziellen  
Zeitung einen Artikel enthält, in dem gegenüber dem  
deutschen Vorgehen eine scharfere Tonart angeschlagen wird.  
Die „Kowoje Wremja“ knüpft an die Ausführungen der  
Londoner Presse anlässlich der Kieler Reden an und meint dann  
u. a.: „Die Andeutung der „Morning Post“ darauf, daß nicht  
nur Deutschland allein, sondern auch die anderen Mächte  
sich zur Aufgabe gestellt haben, es nicht zuzulassen, daß diese  
oder jene „Seemacht“ sie misshandelt, ist verständlich. We-  
halb das Londoner konservative Organ unter solchen Mächten  
nicht auch Rußland erwähnt, ist kein Geheimnis, jedenfalls ist  
sein Urteil kennzeichnend genug als ein Inzidenzäußerung, daß  
es Deutschland nicht zuzulassen wird, ohne einen  
Widerstand vollmächtig in den chinesischen Ge-  
wässern zu wirtschaften.“ Das Blatt schließt damit, daß  
man ja doch den Zusammenhang nicht aus dem Auge lassen solle  
zwischen der Marinevorlage und den Kieler Reden.  
„Mit der Zeit muß es sich vielleicht zeigen, daß die Durrah-  
stimmung der Kieler Triumphe ein ganz bestimmtes Ziel ver-  
folgte: die Bewilligung des Septenats durch den  
Reichstag zu sichern.“ Damit wäre gemeint: Wenn die  
Marinevorlage unter Dach und Fach gebracht ist, zieht sich  
Deutschland aus Kiao-Tschau zurück.

Danach ist es noch keineswegs ausgeschlossen, daß der ganze  
Effekt des deutschen Bravourstücks in China der sein wird, daß  
er Rußland die gewünschte Gelegenheit gegeben haben wird, sich  
in Port Arthur vor aller Welt einzurichten.

**Die Schlachtopfer der Industrie.**

Die Kommiss des Unternehmertums machten jetzt im Reichs-  
tage ein großes Geschrei von den Millionen, die die Unterneh-  
mer auf Grund der Versicherungs-gesetze für die Arbeiter ausgeben.  
Wenn man die Millionen so ganz für sich betrachtet, so ist das  
ja recht eindrucksvoll: wir haben aber bereits vor einigen Tagen  
in großen Zügen gezeigt, daß sie in nichts zusammenschumpfen,  
wenn man sie relativ betrachtet, im Verhältnis zu ihrer Wirkung.  
An der Hand der „Rechnungsergebnisse der Berufs-  
genossenschaften für das Jahr 1896“ können wir  
nochmals darauf zurück, um namentlich zu zeigen, welche Opfer  
an Leben und Gesundheit die Arbeiterklasse der Industrie bringt.  
Man wird daran am besten sehen, wie unerblicklich es demgegen-  
über ist, von „Opfern“ oder „Wohlthaten“ der Unternehmer für  
die Arbeiter zu reden.

Im Jahre 1896 kamen 351 789 Unfälle zur Anzeige, über  
deren Verlauf und Einzelheiten wir leider noch nichts erfahren,  
da nur ein kleiner Teil davon bis zur Feststellung von Entschädig-  
ungen gelangt ist. Nur für den vierten Teil davon, für 86 403  
Berunglückte sind bis zum Schluß des Jahres Entschädigungen  
festgestellt worden, die übrigen drei Viertel blieben entweder un-  
erledigt oder gelangten überhaupt nicht zur Entschädigung.

Unter diesen 86 403 erledigten Fällen befanden sich 2650  
Kinder unter 16 Jahren, die ihre junge Gesundheit oder gar  
das Leben im Dienste des Kapitals lassen mußten.

Unter den erledigten Fällen hatten 7101 den Tod zur Folge,  
1547 dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit, und 44 982 dauernde  
teilweise Erwerbsunfähigkeit; dabei muß man bedenken, daß schon  
ein ordentliches Stück vom Körper abgerieben sein muß, ehe die  
Berufsgenossenschaften und ihre Rentenparlamentarier, die sog.  
Vertrauensärzte, eine dauernde und gar eine dauernde völlige  
Erwerbsunfähigkeit konstatieren. Trotzdem diese außerordentliche  
Zahl von Toten oder Halben und ganzen Krüppeln in einem  
einzigem Jahre! In dem Jahrzehnt 1886/95 aber hatten wir  
51 761 Tote, 23 818 ganze Krüppel, 236 470 halbe  
Krüppel und 119 441 Berunglückte, die von den Vertrauens-  
ärzten wieder als gesund bezeichnet werden! Das sind die Opfer  
der Arbeiterklasse an Leben und Gesundheit; was sind dagegen  
die pompösen Millionen des Unternehmertums, ganz abgesehen  
davon, daß doch auch diese Millionen nur aus den Knochen der  
Arbeiter herausgeschunden sind.

Die Unternehmer gaben allerdings in diesem Jahrzehnt  
für die Unfallversicherung 41 1/2 Mill. M. aus; wenn wir aber  
die Summe messen an der Anzahl der beteiligten Unternehmer,  
der Zahl der Arbeiter, auf die sie gezahlt wurde und der Zahl  
der Berunglückten, denen sie direkt zu gute kam, so kann man  
erst ihre ganze Bösartigkeit erkennen. Es zahlte nämlich der ein-  
zelne Unternehmer in gewerblichen Betrieben 88,92 M. im Jahres-  
durchschnitt und der einzelne landwirtschaftliche Unternehmer  
gar nur 1,46 M. per Jahr. Das ist die ganze Riesenleistung. Auf  
einen versicherten Arbeiter zahlte der gewerbliche Unternehmer  
aber nur 7,15 M. pro Jahr, auf 1000 M. Lohn 11,14 M. Der  
landwirtschaftliche Unternehmer aber zahlte nur ganze 64 Pf.  
pro Jahr und Arbeiter.

Diese Summen kommen aber den Versicherten oder viel-  
mehr den Berunglückten gar nicht einmal zu gute, denn davon  
gehen noch sämtliche Unkosten ab. Entschädigungen sind nur  
240 1/2 Millionen Mark gezahlt worden, auf den einzelnen Ber-